

Beschlussauszug

Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geltinger Bucht vom 22.09.2021

TOP 6. Standortauswahlverfahren der Bundesgesellschaft für Endlagersuche; Bericht von Frau Ingrid Lohstöter über den Sachstand nach Vorlage des Zwischenberichts und den letzten Beratungsterminen
Vorlage: 2021-00AA-267

Im September 2020 ist der Zwischenbericht auf der Internetseite der Bundesgesellschaft für Endlagerung BGE veröffentlicht worden.

Das Teilgebiet 071_00TG_179_00IG_S-S-z-ro liegt in unserem Amtsbereich. Es umfasst große Teile der Gemeinde Sterup, der Gemeinde Ahneby und ragt bis nach Steinbergkirche, Esgrus und Sörup.

Insgesamt wurden 90 Teilgebiete mit einer Fläche 240.874 km² ermittelt.

Darunter sind 74 Gebiete mit dem Wirtsgestein Steinsalz, darunter wiederum 60 Gebiete mit dem Wirtsgestein Steinsalz – steile Lagerung. Das Gebiet Sterup ist in den 60 Gebieten enthalten.

Die Bürgerinitiative „*Angeliter-Bohren-nach*“ vertreten durch Frau Ingrid Lohstöter hat am Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung teilgenommen und schon im letzten Jahr den Wunsch gehabt, dem Amtsausschuss zu berichten.

Zu der aktuellen Situation wird auf den anliegenden Bericht aus der shz verwiesen.

Boris Kratz nimmt ab 17.30 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Lohstöter sieht gute Chancen, dass die Teilgebiete im Amt aufgrund der Beschaffenheit aus der Standortsuche herausfallen.

Amtsvorsteher Thomas Johannsen dankt Frau Lohstöter für ihr fundiertes Fachwissen und den interessanten Vortrag. Frau Lohstöter bittet darum, zu der durch das Amt bereits im Jahr 2019 geplanten Ausstellung auf dem Scheersberg auch die Initiative „ausgestrahlt“ einzuladen und stellt die Frage, unter welcher Partizipation sie weiterhin für die Gemeinden des Amtes Geltinger Bucht in der Bürgerbeteiligung auftreten kann. Eine Rückmeldung wird ihr zugesichert.

TOP

Siehe Anlage.

Anlage 1 2021-09-21 Bericht shz

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Steinbergkirche, den 08.04.2024

STERUP

Ingrid Lohstöter: „Bürgerbeteiligung bei der Atommüll-Endlagersuche wird ausgebremst“



Ingrid Lohstöter ist nach einem Jahr Bürgerbeteiligung frustriert.

Ein Jahr lang hat Ingrid Lohstöter die Suche nach einem Atommüll-Endlager begleitet. Ihr Eindruck: Die Bürger werden von den zuständigen Behörden eher behindert als informiert und ernst genommen.

von **Gero Trittmaack**

21. September 2021, 15:45 Uhr

STERUP | Vor einigen Jahren hatten die Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ und Ingrid Lohstöter sich hartnäckig und erfolgreich gegen geplante Ölbohrungen zur Wehr gesetzt. Als nun Ende 2020 die Bundesgesellschaft für Endlagerung in einem „Zwischenbericht“ 90 Teilgebiete in Deutschland veröffentlichte, die für die Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll in Frage kommen, erwachte der Kampfgeist erneut.

Gesucht wird ein Standort für den radioaktiven Atommüll

Weiterlesen: [Ablehnung und Nervosität in Sterup und Süderfahrenstedt](#)

Gesucht wird ein Standort, in dem der Müll für eine Million Jahre so sicher wie möglich gelagert werden kann. Und Angeln, genauer das Gebiet um Sterup, steht auf der großen Liste. Diesmal war jedoch nicht Widerstand angesagt, sondern eher Vorsicht und Kontrolle. „Wenn Sterup tatsächlich der sicherste Ort für den Müll in Deutschland ist, müssen wir damit leben“, sagt Ingrid Lohstöter. „Aber wir müssen sicher gehen, dass alle Schritte und Fakten nachvollziehbar sind – damit die Standort-Entscheidung toleriert wird und es keinen 'Krieg' gibt wie einst in Gorleben.“

Weiterlesen: [Drei Standorte in Schleswig-Holstein könnte es treffen](#)

Die Ausgangsposition schien gut, denn das eigens geschaffene Standortauswahlgesetz sieht eine umfassende und systematische Beteiligung der Öffentlichkeit, Transparenz und Partizipation in einem Dialog vor. Das System wurde als wegweisend in seiner Offenheit und Bürgerbeteiligung angepriesen – und war in dieser Beziehung wohl auch als Gegenentwurf zu den Vorgängen geplant, die sich 1977 rund um Gorleben ereignet hatten.

150 Videokonferenzen in einem Jahr

Weiterlesen: [Landrat Buschmann fordert mehr Transparenz](#)

Gut ein Jahr ist seitdem vergangen – und Ingrid Lohstöter hat in dieser Zeit nicht nur an rund 150 Online-Konferenzen teilgenommen, sondern auch viele Verbindungen geknüpft, Fachbegriffe nachgeschlagen, Berge von Akten gelesen und Fragen gestellt.

Die sogenannte Fachkonferenz Teilgebiete, in deren drei Beratungsterminen zwischen Februar und August 2021 sich jeweils etwa 1000 Einzelpersonen, Wissenschaftler, Verbände und Kommunen beteiligt hatten, waren selbst organisiert. Ansprechpartner war die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die jedoch bei den Teilnehmern stark in die Kritik geriet. So wurden offenbar geowissenschaftliche ortsspezifische Daten nicht ausgewertet und durch allgemeine Referenzdaten aus Kartenmaterial und Literatur ersetzt.

Schockiert von gravierenden Fehleinschätzungen

Dies führte zu irrwitzigen Fehlern: Ganze Regionen wurden von der BGE als endlagertauglich ausgewiesen, obwohl das angebliche „Wirtsgestein“ wie Salz, Ton und Granit dort gar nicht existiert. „Dieses Vorgehen und die gravierenden

Fehleinschätzungen haben mich schockiert, denn schließlich geht es ja nicht um die Aussaat einer Blumenwiese, sondern um gesundheitsgefährdenden, hochradioaktiven Atommüll“, sagt Ingrid Lohstöter.



Ingrid Lohstöter ist nach einem Jahr Bürgerbeteiligung frustriert.

Auch wurden Fragen monatelang nicht und dann meist unzureichend beantwortet, was auch Ingrid Lohstöter erfahren musste. Andere Teilnehmer kritisieren zu kurze Redezeit, eine harsche Moderation und die Vermeidung von strittigen Themen. Die Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ bringt es für sich auf den Punkt: „Unter dem Strich verkommt die Fachkonferenz Teilgebiete zu einer Simulation von Beteiligung, die bei denen, die sich darauf eingelassen haben, große Kräfte und zeitliche Ressourcen gebunden hat, ohne dass dies eine relevante Wirksamkeit in Hinblick auf das Suchverfahren selbst entfaltet.“

Fragen wurden monatelang nicht beantwortet

Auch wurden Fragen monatelang nicht und dann meist unzureichend beantwortet, was auch Ingrid Lohstöter erfahren musste. Sie bekennt: „Wir haben es als frustrierend erlebt, dass wir Beschlüsse fassen, Gespräche führen, Wünsche und Anregungen äußern und es dann völlig im Belieben der

Bundesgesellschaft für Endlagerung und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) liegt, ob sie darauf antworten, etwas umsetzen – oder eben nicht, wie meist.“

Das Gesetz lässt in der wichtigsten Phase keine Bürgerbeteiligung zu

Die erste Phase der Bürgerbeteiligung ist inzwischen abgeschlossen. Am 7. September wurden die Beratungsergebnisse der Fachkonferenz an die BGE zur Überprüfung ihrer bisherigen Arbeit übergeben und damit die Fachkonferenz aufgelöst. Die Bürgerbeteiligung soll erst wieder einsetzen, wenn die große Zahl der in Frage kommenden Regionen, 54 Prozent des Bundesgebiets, auf eine Handvoll Standortregionen (1 bis 2 Prozent) eingegrenzt ist. Ausgerechnet in dieser wegweisenden Phase sieht das Standortauswahlgesetz keine formelle Beteiligung der Bürger mehr vor.

„Aber wir können doch nicht fünf oder sechs Jahre aussetzen – dann finden wir doch nie wieder den Anschluss an die Informationen und Ergebnisse“, sagt Ingrid Lohstöter. Inzwischen sind sich nach monatelangen Forderungen, Initiativen und Gesprächen alle Verfahrensbeteiligten einig, dass von der sogenannten Öffnungsklausel des Standortauswahlgesetzes Gebrauch gemacht werden und neue Beteiligungsformate geschaffen werden sollen. Gestritten wird noch um das Wie. Bisher will das BASE als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung die bisherige Selbstorganisation der Öffentlichkeit verhindern, die eine Bestimmung des Inhalts, der Fragestellungen und die Anhörung unabhängiger Wissenschaftler in den Konferenzen beinhaltet und garantiert hat. Zurzeit finden darüber Gespräche statt.